Mittwoch, 15. Oktober: Funktionär-Sitzung, Bockers Festsäle, Weberstr. 17

Parolenschmiede nicht haben. Und übrigens: wenn der englischen Sektion ihre Kriecherei vor der Macdonald-Partei gestattet ist, kann den Genossen in Weitmar dieselbe „grundsätzliche" Politik wohl nicht verwehrt werden. Es sei denn, die zahlenmäßige Schwäche der englischen KP. gäbe derselben das Recht zu einer Sonderstellung, wovon allerdings in den 21 Thesen der Komintern nichts drin steht.

Wirtschaft

Der Index im September

Steigerung der Lebenshaltungskosten um 12 Prozent.

Mitte September hat die Regierung im Verein mit den Vertretern der Unternehmer eine Reihe Maßnahmen getroffen, um von neuem einen Preisabbau in die Wege zu leiten. Trotz Ermäßigung der Preise für Frachten und Kohlen um 10 Prozent und diversen Erleichterungen für das Kapital auf Kosten des Proletariats, stiegen die Preise bis Ende des Monats weiter. Nach der Statistik der Stinnes'schen „Industrie- und Handelszeitung" ist im September folgende Bewegung der Großhandelspreise zu verzeichnen:

Meßziffer einzelner Warengruppen (Ende 1913=100)	August 1924	September 1924	i. v. H. gegen Aug.
1. Kohle, Eisen, Metalle, Baustff., Oele	132.08	133,54	+ 1,1
2. Textilien		245,45	+ 1,8
3. Häute, Felle, Leder, Gummi	241.03	103,19	+ 8.5
4. Getreide, Mehl, Kartoff.	95,14	96,50	+ 16.2
5. Fleisch, Fisch, Fette, Milch, Zucker	83,08	108,95	+ 7.8
Gesamtindex	100.46	129.05	+ 4,7

Die herausgerechnete Summe von 4,7 Prozent ist irreführend. Für groß. Proletarierschichten kommen nur die Preise der Gruppen 4 und 5 in Frage. Diese müssen addiert und die Summe durch 2 geteilt werden. Das ergibt für die proletarische Lebenshaltung eine Preissteigerung von 12 Prozent.

Beim Lebenshaltungskosten-Index errechnet das Stinnesorgan gar nur eine Preissteigerung von 1,4 Prozent (für Ernährungskosten allein 4,6 Prozent) heraus. Das Blatt setzt die Preissenkungen in anderen Gruppen in Anrechnung, um zu diesem Resultat zu gelangen. Wie willkürlich das geschieht, soll nur an der Gruppe „Kulturelle Bedürfnisse" gezeigt werden. Bei dieser Gruppe wird eine Preissenkung von 8,2 Prozent errechnet, die von der Steigerung der Lebenshaltungskosten in Abzug gebracht wird. Daß das Proletariat durch die Senkung der Preise für „Kulturelle Bedürfnisse" keine Erleichterung seiner Lebenshaltungskosten hat, brauchen wir wohl nicht erst zu beweisen. Große Schichten Proletarier, auch wenn sie noch im Betriebe stehen, brauchen ihr Einkommen für die nackte Lebensfristung. Der September hat der deutschen Arbeiterklasse einen indirekten Lohnabbau um 12 Prozent gebracht. Der arg belastete und noch ärger verlotderte deutsche Produktionsapparat mag wohl ominell die Ziffern für die Waren kleiner gestalten, für die Proletarier — am Lohne gemessen — wird der Brotkorb höher gehängt werden. Die Ernte im allgemeinen ist sehr mittelmäßig ausgefallen, insbesondere ist die Produktion in Brotgetreide gegen das Vorjahr bedeutend gesunken. Schlesische Berichte klagen über sehr schlechte Erträge, ebenso Ostpreußen und Westpreußen. Westdeutschland und Mitteldeutschland geben den Ertrag der Brotgetreideernte auf nur 50 Prozent der vorjährigen an. In ganz Deutschland dürfte der Brotgetreideertrag mindestens 25 Prozent unter dem des Vorjahres stehen. Die Getreidepreise steigen von Woche zu Woche und treiben die Preise der Ueberschußländer, hauptsächlich die amerikanischen, in die Höhe.

Die Lebenshaltungskosten.

Für die Woche vom 27. September bis 3. Oktober stiegen sie nach dem „Index" der „Industrie- und Handelszeitung" wieder um 1,3 Prozent. Die Ernährungskosten allein stiegen um 2,2 Prozent, die Miete um 3,2 Prozent. Nach dem oben geschilderten Modus wurden die Preissenkungen anderer Gruppen — „Heizung und Beleuchtung" alleine um 4,5 Prozent — abgezogen und so der „Index" auf eine Steigerung von 1,3 Prozent abgestimmt.

Die Wirtschaftslage im September

Nach den Berichten der preußischen Industrie- und Handelskammern weist die wirtschaftliche Lage im September eine leichte Besserung auf. Diese „Besserung" besteht darin, daß etwas weniger Proletarier aufs Pflaster geworfen wurden als im August. Die in den Vormonaten Hinausgeworfenen lutschen selbstverständlich noch am Hungertuch. An der Ursquelle der Produktion, im Bergbau, wurden in rund 270 Fällen „nur" 325 000 Feierschichten eingelegt, also nur halb so viel als im August. Diese 325 000 Hungertage haben sich die Proletarier in ihrer Gewerkschaftsdisziplin selbst bereitet. Dieselben Proletarier haben im September nämlich pro Arbeitstag rund 18 000 t Kohlen mehr gefördert als im August! Die Förderung stieg von 285 444 t auf 303 397 t.

Auch die oberschlesischen Bergarbeiter förderten im September etwa 1 Million t statt 940 000 im August.

Der Absatz an Kohlen für Industriezwecke ist nicht gestiegen! Nur für Hausbrand und für die Landwirtschaft stieg der Bedarf. Hier haben wir auch sofort die Ursache der wirtschaftlichen „Besserung". Die Landwirtschaft, die arg an Hargeldmangel leidet, hat zur Ernte viel Arbeiter eingestellt, um das Getreide so schnell als möglich hereinzubekommen und zu dreschen. Zum Drusch, der angesichts der steigenden Getreidepreise forciert wird, braucht sie Kohlen.

Im Kali-Bergbau steht die Sache ebenso wie im Kohlenbergbau. Der Absatz war etwas lebhafter, weil die Landwirtschaft Bestellungen macht. Die eigentliche Rohstoff-, d. h. die Eisenindustrie ist noch zurückgegangen. Es sind mehr Betriebseinschränkungen und Stillegungen zu verzeichnen als im August. In der anderen Industrie wie im Großhandel ist eine nennenswerte Verbesserung gegen den August nicht eingetreten. Im Einzelhandel verschärft sich sogar die Krise infolge Herabminderung der proletarischen Kaufkraft zusehends. Die Symptome, wie wir sie auch in der obigen Notiz „Der Index im September" andeuten, d. h., daß die Preise im Großhandel mehr steigen als im Kleinhandel, haben wir in letzter Zeit laufend aufgezeigt.

Die Lage der amerikanischen Textilindustrie.

In der amerikanischen Woll- und Baumwollindustrie herrscht gegenwärtig eine Stille, wie selten vorher. Man zählt über 200 000 Arbeitslose. Der Druck macht sich auch auf anderen Gebieten empfindlich bemerkbar. Die allgemeine Besserung der Lage, die man für dem Herbst erwartet hatte, ist nur in geringem Maße eingetreten, da sich die Wirtschaftslage der Welt nur wenig anders gestaltet hat, als bisher.

Aus der Bewegung

„Is ja doch alles Schwindel"

Wem bezegnet nicht obige Redensart bei seiner Werbearbeit; gleichgültig für welche Auffassung, Sache oder Organisation? Sie ist der beliebteste Schlager, die angenehmste Phrase all derjenigen, die zu faul sind zum denken, Derjenigen, die weder einer Kritik noch positiven Darlegungen sachlich widerstehen oder widersprechen können. Eine solche von tiefster Armseligkeit zeugende Aeußerung wird gewöhnlich begleitet von jener idealen Handbewegung, die von großmütigem Mitleid für den so abgeschlagenen Werbenden spricht. Unser Schlagwortheld fühlt sich als Sieger und Beherrscher der Situation; wo er nicht einmal imstande ist, seine eigene Dämlichkeit zu bezreifen!

Was soll nach der Weisheit solcher tiefgründigen Philosophen nicht alles Schwindel sein? Außer der ganzen Welt „an sich" vor allem „die Politik", die Behauptungen, Reden, Zeitungen und Organisationen. Und wenn dann solche „Enthüller" „mal Zeit haben" und eine gute Havanna genießen, dann — ja dann machen sie in „wirklicher" und „richtiger" Politik als echte Diplomatikus-Kannegießer. Dann geht's bewegt her über die jüngsten Bestrebungen Japans im nördlichen Eismeer und das Interesse Nordamerikas an argentinischem Gefrierfleisch, über die letzte „annehmbare" Rede Stresemanns und das Frühstück Fritz des Ersten zu Ehren des Gesandten der Republik Homulula. Diese Kannegießerei geht dann solange, bis die genügenden Mannen zum „Schafskopf" beisammen sind, oder Zeit ist nach Hause zu gehen.

So ist er, der indifferente Arbeiter; ein leibhaftiger Spießbürger im Proletarier-Gewand. Sachlich treffen wir diese seine Erscheinung überall gleich an. Nur **ihre Ausdrucksform** ist verschieden; gerichtet nach Einkommen- und Lebensverhältnissen.

Mehr denn je — im Kleinen und Großen — müssen wir den einzelnen Arbeiter über Spießbürgertum, Schlag- und Kraftworte hinweghelfen, **zu klassenbewußten kulturellem wie wirtschaftspolitischem Denken veranlassen!**

Warum sind die Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterklasse zu unfruchtbar? Weil sie lediglich um **Oberflächenerscheinungen und Ausdrucksformen** grundsätzlicher Anschauungen ausgetragen werden! Bei ihnen geht es gewöhnlich um Dinge die — bewußt oder unbewußt — aus dem Gesamtrahmen gerissen worden sind und auf diese Art inbezug auf Wesen und Inhalt entsetzlich entstellt wurden.

Die Handlungen der Staatsorganisation, der Parteien und Gewerkschaftsvereine sind aber keineswegs zusammenhangslose Einzelhandlungen oder Meinungen. Sie entspringen der prinzipiellen Grundlage dieser oder jener Organisation. So ist es bei der Regierungspolitik wie bei der KPD., bei der Sozialdemokratie wie bei der Allgemeinen Arbeiter-Union.

Die Henkerarbeit der Sozialdemokraten Noske, Hörsing, Richter und Severing, die streikbrecherische Haltung der Sozialdemokratie in den Eisenbahner- und Elektrizitätsarbeiterstreiks, und der Cuno-Bewegung, die Ablehnung einer weitgehenden Amnestie für revolutionäre Arbeiter durch den früheren sozialdemokratischen Reichsjustizminister Radbruch und die heutige Reichstagsfraktion liegen in der gleichen Linie. Sie entspringen der sozialdemokratischen Theorie: Durch bürgerliche Demokratie und Wiedergesundung des Kapitalismus zur sozialistischen Gesellschaft.

Jener Sozialdemokrat, der zwar diese Theorie anerkennt, aber vor den Konsequenzen ihrer praktischen Durchführung und die bestehen in der Arbeit des Noske, Wels, Ebert, Radbruch und Severing! — zurückschreckt, ist eben **kein Sozialdemokrat**. Er ist „Usepeter". Nachkomme der großen Partei **der** Illchmusik, der Partei des „Wenn und Aber", der USP., unseligen Angedenkens. Er ist — in Poesie — ein schwankes Rohr, das jeder Wind zerknickt.

Die Haltung der KPD. und Moskauer Internationale z. Zt. der Ermordung Rathenaus, ihr Schrei nach Schutz der Republik und Staatsgerichtshof, die Vertretung von Interessen des Kleinbauern- und Kleinbürgertums, die Forderung nach Existenzminimum und 51 prozentiger Sachwerterfassung, die Arbeiterregierungskomödie in Sachsen und Thüringen, ihre Stellung zum Ruhrkrieg und die Sympathie für „unterdrückte Völker", ihre nationalistischen Fanfaren, die Verzötterungen Lenin's und vor all diesen Dingen ihre Betätigung in Parlamenten, in freier wie christlicher Gewerkschaftsbewegung entspringen lediglich ihrem leninistischen Grundsatz „Massenbetrug ist der Hebel zur Massenbewegung". Sie ist eben des Glaubens, die ideologisch und organisatorisch noch so fest verankerte Welt durch eine gute, Massen begeisternde Parole aus dem Sattel zu heben.

Der KPD.-Mann, welcher diese leninistische Theorie anerkennt in Bekämpfung der KAP.-Auffassung von der bewußten Klassenrevolution und Klassendiktatur, hat kein politisches Recht. Trotzky, Brandler, Talheimer oder Ruth Fischers übernationalistische Rede vor nationalistischen Studenten anno 1924 prinzipiell abzulehnen. Entweder ist er Leninist und revolutioniert überall (also auch in freien und christlichen Gewerkschaften!) oder er ist KAP. und hilft mittels der Allgemeinen Arbeiter-Union. Die Revolution zu organisieren, d. h. ihre Voraussetzungen zu schaffen. Was aber zwischen den beiden steht oder liegt; ist Usepeterei und von Uebel!

Der Arbeiter, der aus den Gewerkschaften herausgegangen ist wegen ihrer Noskestützung oder ihrer Befürwortung des Dawes-Planes, der Arbeiter, der die KPD. verlassen hat wegen Talheimers Programmrede oder Brandlers Ministerposten, Schulmanns oder Gewerkschafts-Fischerei und so zur KAP. und Allgem. Arb. Union gekommen ist, hat seine eigene Handlung in ihrem tatsächlichen Wert noch nicht erkannt. Mit ihr hat er — ohne sich dessen bewußt zu sein — gebrochen mit der theoretischen Grundlage der Sozialdemokratie — ihrer Staatstheorie — oder gebrochen mit der theoretischen Grundlage der Moskauer Internationale — „Massenbetrug ist der Hebel zur Massenbewegung!" Ihm diese Erkenntnis zu vermitteln, wird eine unserer wesentlichsten innenorganisatorischen Aufgaben sein. Aber darüber hinaus müssen wir in demselben Sinne unsere Propaganda nach außen führen! Nicht Oberflächenerscheinungen, nicht Auswirkungen politisch-theoretischer Grundsätze dürfen Hauptgegenstand unserer Polemik und Bekämpfung sein, sondern ihr Ausgangspunkt: die theoretischen Grundlagen dieser oder jener Organisation. In diesem Sinne: Erst Klarheit, dann Mehrheit!

Aus den Betrieben

C. P. Goerz, Zehlendorf.

Beschämendes Zeugnis für Proletarier.

„Am Montag, den 29. September, nachmittag um etwa 5 Uhr, erlebten die Arbeiter einen für unsere Zeit typischen Vorfall. Ein Arbeiter, der angetrunken war, wurde unter Mithilfe von drei kräftigen Feuerwehrleuten von dem Herrn Brandmeister Karl Reffke, mit der umgedrehten, sehr stabilen Hundepeitsche, während er am Boden lag, unmenschlich geschlagen.

Kollegen habt acht! Ist das Maß noch nicht voll? Der Betriebsleiter Zinkmann, der dies mit ansah, schritt nicht ein, sondern nickte beifällig mit dem Kopfe. Kollegen, lange wird es nicht mehr dauern, dann müßt Ihr alle 10 und mehr Stunden arbeiten und wenn Ihr dann nicht wollt, dann kommt die Feuerwehr mit der Hundepeitsche. Kollegen, laßt Euch nicht vorreden, daß dies nur ein persönlicher Fall wäre. Es zeigt Euch deutlich, mit welcher Brutalität die Unternehmer und ihre Büttel gegen die Arbeiter vorgehen. **Darum hinein in die Gewerkschaften.** Werdet wieder eine geschlossene Macht. Steht hinter Eurem Betriebsrat und fordert die sofortige Entlassung der beteiligten Personen, vor allen dieses Herrn Reffke. Arbeiterinnen und Arbeiter! Beseht Euch diesen Herrn und habt acht!"

(„Rote Fahne" v. 3. 10.)

Nach diesem Vorfall zu urteilen, hat die Belegschaft von Goerz, die in ihrer Mehrheit bekanntlich aus „qualifizierten" Arbeitern besteht, überhaupt keinen Schimmer von Solidaritätsgefühl in sich. Denn nicht die Handlungsweise der Betriebs-Feuerwehrleute ist das Bezeichnende an dieser Sache, — von diesen gekauften Subjekten ist ja nichts anderes zu erwarten. Beschämend dabei ist vielmehr das Verhalten der Proletarier, die seelenruhig zugesehen haben, wie einer ihrer Klassengenossen mit der Hundepeitsche verprügelt wird. Anstatt mit der ersten besten Eisenstange diesen Feuerwehrlumpen den Schädel einzuschlagen, schreien die Goerz-Arbeiter in ihrer erbärmlichen Feigheit nun „hinein in die Gewerkschaften". Sie wissen also noch nicht, daß dort dieselbe Peitsche in verschleierter Form auf ihren Rücken niedersaust.

Mitteilungen

Achtung! Wirtschaftsbezirke und Ortsgruppen!

Zur Deckung der Unkosten für die Reichskonferenz wird eine Umlage von 1,— Mark erhoben. Dieselbe ist bis spätestens 1. November an uns einzusenden.

Reichsarbeitsausschuß.

An die Berliner Unterbezirke!

Wir weisen darauf hin, daß für Groß-Berlin die Umlage zur Reichskonferenz (1.— Mk.) in der 43. und 44. Woche fällig ist.

Berliner Arbeitsausschuß.

Ausschluß.

Der Mitgliedschaft zur Kenntnis, daß das Mitglied Hugo Derpa wegen Unterschlagung von Organisationsgeldern aus der AAU. ausgeschlossen ist.

Berliner Arbeitsausschuß.

Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Am **Sonntag, den 19. Oktober 1924,** vormittags 9 Uhr, findet in **Berlin,** Grundauer Straße 3, (Lokal) eine

Bezirks-Konferenz.

der Allgemeinen Arbeiter-Union statt. Als Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Wirtschaftliche und politische Lage.
2. Stellungnahme zur Reichskonferenz.
3. Delegiertenfrage.
4. Verschiedenes.

Wir weisen darauf hin, daß wegen der Wichtigkeit dieser Konferenz unbedingt alle Ortsgruppen und auch die Einzelmitglieder vertreten sein müssen. Arbeitslose und schwache Gruppen erhalten das Fahrgeld ersetzt. Delegierte, die bereits am Sonnabend (18. 10.) eintreffen, haben dieses wegen der Quartiertrage uns rechtzeitig mitzuteilen.

Ortsgruppe Barmen der A. A. U. und K. A. P.!

Am **Sonntag, den 12. Oktober 1924,** vormittags 10 Uhr, findet im Lokal Uttermann, Fischertalerstraße 12, eine

Mitglieder-Versammlung

der Partei und Union statt. Es ist Pflicht aller Genossen, dort zu erscheinen.

Ebenfalls machen wir auf die **ständigen Sitzungen jeden Freitag,** abends 8 Uhr, aufmerksam; dasselbst findet die Ausgabe der Zeitungen und Marken statt.

Der Ortsrat.

Feier zugunsten der politischen Gefangenen

Sonntag, 9. November, abends 7 Uhr.
Berlin C., Stadthalle, Klosterstraße.

Mitwirkende:
Männerchor. Rezitationen. Sprechchor. Musik.

Karten zu 0,50 Mk. bei allen Funktionären der KAP und in der Buchhandlung für Arbeiter Literatur, Berlin O.17, Warschauer Straße 49.

Der Ertrag ist restlos für die VRUK bestimmt!

Klar und unerschrocken für den Gedanken des Kommunismus wirkt die

K·A·Z

Die Kommunistische Arbeiterzeitung erscheint Montags und Donnerstags

Redaktion und Verlag: Gustav Lange, Düsseldorf. Druck: Willy Isadonat, Berlin O 17, Langestr. 79.

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union

(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrgang 5, Nr. 42 1924 **Erscheint wöchentlich** **Preis 0,15 Goldmark**

„Rettungsprogramme" der KPD.

Am 13. Oktober 1924 waren sämtliche parlamentarischen Vertreter der KPD. aus dem Reichstag, dem preußischen, bayerischen, sächsischen, thüringischen, württembergischen und allen übrigen Landesparlamenten sowie 30 Kommunalvertreter zu einer Konferenz zusammengekommen, um Stellung zu nehmen zur politischen Lage und den Aufgaben der Arbeiterklasse. Fleißige Leute, wie es die Diätenempfänger nun einmal sind, haben auch die „kommunistischen" Parlamentarier auf ihrer Berufstagung fruchtbare Arbeit im Interesse ihrer Wählermassen geleistet. Da eine solche Zusammenkunft von schwergeplagten „Volksvertretern" immer manches Interessante zutage fördert, dürfte eine nähere Betrachtung nicht unnütz sein; umsoweniger, da es sich ja hier um die Tätigkeit der „revolutionären" Gattung der Parlamentarier handelt.

Es ist natürlich selbstverständlich, daß im Mittelpunkt der KPD.-Parlamentarier-Konferenz die elende Lage der Arbeiterschaft und die dagegen zu unternehmenden Schritte standen. Da verkündet der Berichterstatter in der „Roten Fahne" dem staunenden Proletariat erstmal folgende Weisheit:

„Alle parlamentarischen Vertreter waren sich darin einig, daß der gegenwärtige Regierungskurs sowohl im Reich wie in Preußen und in den anderen Ländern ausgesprochen **in der Richtung einer Verschlechterung der Lebensbedingungen der deutschen Arbeiterklasse geht** und daß die Regierungen im **Interesse des Unternehmertums** im Namen der Ausführung des Dawes-Planes **die Industrie überall bei einer sehr scharfen Belastung der Arbeiterklasse unterstützen."**

„Alle waren sich einig . . . !" Ob es stimmen wird? Wir wollen es annehmen. Aber warum nur Einigkeit über den „gegenwärtigen" Regierungskurs? Bewegten sich nicht vielmehr alle bisherigen Reichs- und Landesregierungen in der angedeuteten Richtung, also auch jene Regierung, unter der ein Heinrich Brandler Ministerialdirektor war? Uns scheint, diese eigentlich für Arbeiter selbstverständliche Einigkeit ist bei den „kommunistischen" Parlamentariern demnach noch ziemlich jungen Datums. Immerhin, die Proletarier sollen diesen „Kurs" ihrer „revolutionären" Volksvertreter nicht unterschätzen!!

Von dieser gewonnenen einigen Auffassung ausgehend, hat dann die Parlamentarierkonferenz für die Arbeiterschaft folgende Maßnahmen aufgestellt, die für eine Regierung, welche die Interessen der Werktätigen „vertreten würde", in Betracht kämen.

1. Kampf gegen jeden Lohnabbau, sofortige 40prozentige Erhöhung des Lohnes und darüber hinaus Bringung auf den Friedensreallohn, gleiche Löhne für Arbeiter und Arbeiterinnen.
2. Verbot jeder weiteren Arbeitszeitverlängerung. Bestrafung jeder Ueberarbeit über acht Stunden, strikte Wiedereinführung des Achtstundentages für Arbeit über Tage, Sechsstundenschicht für Arbeit unter Tage.
3. Verbot jeder neuen Entlassung von Arbeitern, Angestellten, unteren und mittleren Beamten; Wiedereinstellung der abgebauten unteren und mittleren Beamten, sofortige Einziehung aller Erwerbslosen in den Produktionsprozeß. Abschaffung der Zwangsarbeit für Erwerbslose, Erhöhung der Unterstützung für Erwerbslose, Kriegsopfer, Sozial- und Altersrentner auf das Existenzminimum.
4. sofortige Aufhebung des zehnprozentigen Steuerabzuges der Mieststeuer, der Steuern auf Konsumgenossenschaften;
5. sofortige Befreiung der schaffenden Landwirte, Kleinbauern, von jeder Pacht; jedem Kleinbauern soviel Land, wie er mit seiner Familie bewirtschaften kann; völliger Steuererlaß für die Kleinbauern, Beschaffung billiger Düngemittel, Futtermittel, billigen Saatgutes und Gewährung zinsloser langfristiger Kredite unter Kontrolle der Kleinbauern selbst; Befreiung der Kleinbauerngenossenschaften von jeder Besteuerung;
6. sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes, sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen der proletarischen Parteien, sofortige Aufhebung des Staatsgerichtshofes.

Was nun die Verwirklichung dieses „revolutionären Rettungsprogrammes", wie es die „Rote Fahne" nennt, anbetrifft, so sind die „kommunistischen" Parlamentarier der Meinung, daß auf parlamentarischem Wege „nichts" zu erreichen ist, sondern nur durch Aktionen „außerhalb" der Parlamente und daß ein solches Programm durch „keinerlei Kombinationen innerhalb der bürgerlichen Parlamente verwirklicht werden können." — Die KPD. dokumentiert hiermit also selbst, daß eine proletarische Betätigung im bürgerlichen Parlament heute das Ueberflüssigste (weil völlig nutzlos) von der Welt ist. Das hindert sie aber nicht daran, durch ferneres Verbleiben im Parlament der Bourgeoisie neue Illusionen bei der Arbeiterschaft zu wecken, die eben „begreifen" muß, daß auch die Einbringung eines Mißtrauensvotums gegen die Marx-Stresemann-Regierung im Reichstage im „Interesse" des Proletariats liegt. Dies und die positive Mitarbeit in den verschiedensten Ausschüssen bleibt nämlich nur noch übrig von der gewaltigen Größe des „revolutionären" Parlamentarismus. —

Doch wie steht es nun aber mit den Möglichkeiten, dieses „Rettungsprogramm" der KPD. durch außerparlamentarische Aktionen durchzusetzen? Das Proletariat muß bei dieser Frage sich vor allem klar darüber sein, daß die Parlamentarierkonferenz der KPD. ihm hier die altbekannten reformistischen illusionären Forderungen als Kampfziele ihres Befreiungskampfes anpreist. Das heißt, die Arbeiterschaft muß die Lehren aus der Vergangenheit ziehen und sie auch praktisch im Klassenkampf verwerten. Die ganzen Jahre über hat sie um genau dieselben Forderungen gekämpft, wie sie in diesem „Rettungsprogramm" enthalten sind. Und ist heute gewillt nicht geringen Kräfteeinsatz auch nur irgend ein Punkt verwirklicht, irgend ein positiver Erfolg erzielt worden? Die Frage stellen heißt sie verneinen. Im Gegenteil, all dieser Kampf um solche Teilziele war nicht nur negativ, er konnte noch nicht mal die weitere Herabdrückung der proletarischen Lebensverhältnisse aufhalten. Daran aber ist nicht schuld irgendwelcher „Verrat" oder „Uneinigkeit", sondern der Krisenzustand, in dem sich die kapitalistische Gesellschaft befindet. An der Tatsache nämlich, daß die unfähige Bourgeoisie nur noch durch die zwangsläufig sich steigernde Versklavung der ausgebeuteten Massen ihre wankende Herrschaft aufrecht erhalten kann, ist bis jetzt und wird auch in Zukunft alle Verwirklichung reformistischer Forderungen scheitern.

Das Proletariat muß eben erkennen, daß es heute eine Unmöglichkeit ist, einen Kampf um einen Haufen von schönen Forderungen siegreich aufzunehmen, ohne die Axt an die Wurzel des Kapitalismus zu legen. Der proletarische Befreiungskampf kann nur dann zum endgültigen Siege führen, wenn er nicht eine Jagd nach Illusionen, sondern ein Machtkampf ist zum gewaltsamen Sturze des bürgerlichen Profitsystems als die Wurzel aller Ausbeutung. Nur für dieses ihr Klassenziel hat die Arbeiterschaft heute ihre Klassenkräfte einzusetzen, wenn sie nicht von vornherein blind in sinnlose Niederlagen hineintaumeln will.

Das „revolutionäre Rettungsprogramm" der KPD. kann deshalb keine Grundlage des proletarischen Klassenkampfes sein; es ist vielmehr seinem illusionär-reformistischen Charakter nach ein Rettungsanker der Bourgeoisie. Die Arbeiterschaft muß endlich aus dem reformistischen Sumpf heraus oder sie wird trotz ihrer „Rettungsprogramme" vom Sturme des kapitalistischen Zusammenbruchs immer weiter in kapitalistische Barbarei gepeitscht werden.

„Vertraulicher Klassenkampf"

Dortmund, 11. Oktober. Zu den am Montag im Ruhrbergbau begonnenen Verhandlungen zwischen Regierungsvertretern einerseits und den Bergbauindustriellen, sowie Vertretern der Gewerkschaften andererseits, wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß Vertreter des Arbeits-, Wirtschafts-, Verkehrs- und Handelsministeriums an den Verhandlungen teilnehmen werden. Das persönliche Erscheinen des Reichswirtschaftsministers wurde in Aussicht gestellt.

Die Verhandlungen sind vertraulicher Art (!). Wie bereits gemeldet, wird der gesamte Fragenkomplex außerollt werden.

Wie schamlos muß demnach wohl der Verrat der proletarischen Klasseninteressen durch diese Arbeitsgemeinschaft mit dem Zechenkapital sein, wenn die Angst der Bergarbeiterführer vor einer vorzeitigen Bekanntgabe ihres Kuhhandels so groß ist. Die Grubenproleten aber, die durch solch „vertraulichen Klassenkampf" in neue Fesseln geschlagen werden sollen, haben die Pflicht, in ihrem eigenen Interesse aus dieser Umklammerung ihrer „Bewährten" sich zu befreien und als selbständige Klasse aufzumarschieren.

Judentum und Antisemitismus

II.

(Schluß.)

Im ersten Abschnitt unserer Abhandlung haben wir aufgezeigt daß:

1. die Juden durch eine jahrhunderte währende Tradition auf das Gebiet des Handels, also in die Kaufmannschaft gepreßt wurden, und daß

2. die Christen sie auf diese Bahn zwangen und sie zwangsläufig darin erhielten.

Die Eigenschaften, die also als typisch „jüdische" den Juden zum Vorwurf gemacht werden, sind diesen von den Vorfahren der heutigen Judenegner in eingem langen Geschichtsprozeß aufgezwungen. Die Einseitigkeit des Erwerbes liegt also klar auf der Hand. Als später die Juden zum Studium und zu akademischen — zu den sog. „freien Berufen" (Rechtsanwälte, Aerzte, Schriftsteller etc.) zugelassen wurden, war es klar, daß in den ersten Generationen der traditionell und zwangsmäßig anerzogene kaufmännische Erwerbssinn vorherrschte. In den Ländern, wo den Juden die Betätigung in den gewerblichen Berufen schon seit Generationen möglich war, gibt es auch seit langer Zeit jüdische Arbeiter. In Rußland, in den Balkanstaaten, in Ungarn und den slawischen Staaten des vorkriegszeitlichen Oesterreich gibt es seit Generationen eine große Anzahl jüdischer Handwerksmeister und -Gesellen. In dem Rußland der Vorkriegszeit gab es eine nach zehntausenden zählende, sehr hochqualifizierte Arbeiterschicht, deren übergroße Mehrzahl sich aus dem Judentum rekrutierte. In den übrigen oben genannten Ländern waren unter den Bäckern, Schneidern, Schuhmachern und einer Anzahl minder stark vorhandenen Gewerben die Juden z. T. sogar in der Mehrheit. In der Metall verarbeitenden Industrie dieser Länder stellten die jüdischen Arbeiter einen sehr viel größeren Kontingent dar, als es ihrer Gesamtstärke entsprach. In Deutschland, hauptsächlich in den Ostprovinzen, war ebenfalls schon Jahrzehnte vor dem Kriege das Handwerk sehr stark von jüdischen Handwerkern durchsetzt. In ganzen Landstrichen, hauptsächlich in den kleinen Provinzstädten, waren die Juden unter den Schuhmachern, Schneidern, Bäckern, Fleischern etc. in der Mehrzahl. Während das jüdische Proletariat in den zuerst genannten Ländern auch schon ziemlich stark in der Industrie und im Baugewerbe vertreten ist, trifft dies in Deutschland allerdings nur sehr wenig zu.

Ganz minimal — wie schon eingangs erwähnt — sind die Juden in der Landwirtschaft vertreten. Die geschichtlichen Ursachen haben wir in der vorigen Abhandlung aufgezeigt.

In Rußland war den Juden bis zum Sturz des Zarismus der Landerwerb verboten. Ebenso in Rumänien und einigen anderen Balkanstaaten. In Ungarn, Galizien u. a. Kronstaaten der Donaumonarchie, gab es schon Jahrzehnte vor dem Kriege mehrere hundert jüdische Bauern und eine entsprechende Anzahl jüdischer Landarbeiter. In Deutschland haben — von verschwindend wenigen Ausnahmen abgesehen — erst nach dem Kriege vielleicht ein Dutzend jüdischer Kapitalisten größere Güter erworben. In der Bauernschaft waren die Juden nur in Hessen und Hessen-Nassau vielleicht zu einigen Dutzenden vertreten. Jüdischen Landarbeitern ist das Aufkommen in der ziemlich stark antisemitisch verpesteten Landbevölkerung in Deutschland wohl kaum möglich.

Einen Abschnitt für sich bildet die zionistische (eine jüdische Reform) Bewegung. (Ueber diese kann vielleicht später in einer besonderen Abhandlung gesprochen werden.) „Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina" („Baseler Programm"). Neben zwei oder drei Gärtnerlehranstalten gibt es in Deutschland etwa ein Dutzend jüdische (zionistische) Siedlungen, die sich mit der Ausbildung von Landwirtschaftslehrlingen befassen, die sich für die Kolonisation Palästinas vorbereiten. Diese Bewegung, die in der Nachkriegszeit ziemlich stark wächst, hat bisher etwa einige hundert Gärtner und Landwirtschaftspraktikanten hervorgebracht. (Daneben umfaßt sie einige hundert gelernte industrielle Spezialarbeiter). Da das „deutsche" Judentum dieser Bewegung schroff ablehnend gegenübersteht, krankt sie an Beitrebsmitteln, wir wenigstens in Deutschland — an dem geeigneten, genügend geistig hochstehenden Menschenmaterial".

Die Argumente der Antisemiten gegen die Juden zerfallen also wie Wasser. Wem man dem Antisemitismus ebenfalls geschichtliches Werden zugute halten will, so kann dafür höchstens die beim Spießertum zur Tradition gewordene Dummheit als Entschuldigungsgrund herangezogen werden. Bei der kleinen Schicht der Antisemiten, bei den treibenden Elementen, ist es aber neben der Borniertheit die Demagogie, die sich die Dummheit der Masse als gute Erwerbsgelegenheit zunutze macht. Die niedrigen und nationalistischen Instinkte der Verblödeten sind der Nährboden des Antisemitismus. Außer dem längst verstorbenen Wiener Oberbürgermeister Lueger, hat die antisemitische Bewegung wohl kaum je einen anständigen Kerl zu ihren führenden Köpfen gezählt. Eine ganze Anzahl antisemitischer Führer endeten im Zuchthaus oder machten Bekanntschaft mit ihm, wegen Vergehen, die sie dem Judentum vorwarfen oder andichteten. U. a. sogar der Parlamentarier Hammerstein, s. Zt. das geistige Oberhaupt des Antisemitismus. Der Hofprediger Stöcker hatte sich den offiziellen Namen „Der Meineidspfaffe" erworben, weil ihm einwandfrei Meineide nachgewiesen wurden, ohne allerdings dafür bestraft zu sein. Einige Redakteure der antisemitischen „Wahrheit" kamen ins Zuchthaus wegen Erpressung und ihr Verleger Bruhn streifte es nur deshalb mit dem Aermel, weil er die Schuld auf seine Schreibkulis abzuwälzen verstand. Auch Redakteure der „Staatsbürger-Zeitung" waren im Zucht-

Arbeiter-Jugend, heraus aus der Orgesch-Front!

An die Mitglieder der Kommunistischen Jugend!
An die gesamte proletarische Jugend!

Jugend-Genossen und Genossinnen!
Ihr habt Euch jetzt zu entscheiden!

Die Komintern und die Kommunistische Jugend-Internationale haben auf ihren letzten Weltkongressen beschlossen, daß Ihr wieder in die „freien" Gewerkschaften zurückgehen sollt. Die „Einheit" der Gewerkschaftsbewegung soll hergestellt werden. Ihr habt dies gewiß nicht gewollt. Aber Eure „Führer" haben es so beschlossen, und Ihr — die Geführten — sollt nun die Befehle ausführen. Als in der schlimmsten Inflationszeit die Ohnmacht der Gewerkschaften ganz klar und offensichtlich zu Tage trat, als Ihr mit größeren Massen des erwachsenen Proletariats die Gewerkschaften fluchtartig verließet, da wagten es Eure Führer nicht, diesem Geschehen gegenüber zu treten. Jetzt übernehmen sie die Judasrolle und versuchen, Euch mit allen raffinierten Mitteln Eurem Henkern, den gewerkschaftlichen Stützpunkten der Konterrevolution, wieder zuzuführen. Die altbekannten Walzen werden aufs neue aufgezogen. „Ihr, die Geführten, habt versagt, habt nicht gearbeitet, sonst wären die Gewerkschaften schon jetzt Klassenkampforganisationen; das Versäumte muß jetzt nachgeholt werden, allen Hindernissen zum Trotz" — so und ähnlich schallt es Euch entgegen. Mit diesen Redensarten werdet Ihr besoffen gemacht. Durch systematische Anwendung des Organisationsapparates und der Presse ist schon ein Teil Proletarier wieder zurückgelotst worden. Den Widerspenstigen droht man mit dem Fetisch der „revolutionären" Disziplin.

Jugendgenossen! Im folgenden wollen wir versuchen, Euch klarzulegen, um was es geht und warum Ihr wieder in die Orgeschgewerkschaften zurück sollt. Wir setzen allerdings voraus, daß Ihr den ehrlichen Willen habt, für die proletarische Revolution, für den Kommunismus zu kämpfen. Da erhebt sich zunächst die Frage:

Warum haben die Gewerkschaften versagt?

Die gewerkschaftlichen Berufsorganisationen entstanden in der Aufstiegsepoche des Kapitals als Waffe gegen die kapitalistischen Vereelendungstendenzen, als Mittel zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen und sozialpolitischer Rechte und Schutzmaßnahmen. Diesen aus dem damaligen Stande der kapitalistischen Entwicklung entspringenden Notwendigkeiten des proletarischen Klassenkampfes konnten die Gewerkschaften im Verein mit der Sozialdemokratie mittels Streiks und Demonstrationen solange einigermaßen gerecht werden, wie die kapitalistische Gesellschaft ihren Gipfel noch nicht erreicht hatte. Der gewerkschaftlich-sozialdemokratische Kampf um Sozialreformen wurde jedoch in dem Moment sichtbar zur Erfolglosigkeit verurteilt, als der Kapitalismus mit dem Weltkrieg in die Phase seines Niedergangs eintrat, wo es ihm immer unmöglicher wird, seine gesellschaftliche Funktion — die Beschaffung von Arbeits- und somit Lebensmöglichkeiten für die besitzlosen Proletarier — zu erfüllen. Mit dem Festhalten aber an der heute illusionären Politik der Sozialreform mußten eben die Gewerkschaften zwangsläufig in immer größeren Widerspruch zu den jetzigen Aufgaben des Proletariats geraten und damit zu Hindernissen des proletarischen Befreiungskampfes werden. Ihre Politik der Arbeitsgemeinschaft als die logische Fortsetzung des Burgfriedens ist der sichtbare Ausdruck dafür, wie sie aus Organen des Klassenkampfes zu Gliedern des kapitalistischen Staates geworden sind.

Durch die Entwicklung an die Seite der herrschenden Bourgeoisie getrieben, war es nur folgerichtig, als die Gewerkschaften nach dem Novemberzusammenbruch die Anwendung brutaler Mittel gegenüber revolutionären Arbeitern, die die bestehende Gesellschaft von Grund auf umwälzen wollten, gutheißen und unterstützten. Die Selbsterhaltungstendenz führte dieses Handeln, denn mit der gewaltsamen Ueberwindung des Kapitalismus als System stürzen auch die Fundamente ihrer Daseinsberechtigung — die Regelung des Verkaufs der proletarischen Arbeitskraft an die Ausbeuter — in sich zusammen. Sowohl die blutige Unterdrückung proletarisch-revolutionärer Aufstände gegen die Profitdiktatur, als auch das bewußte Umbiegen proletarischer Bewegungen zu gesetzlich-parlamentarischen Bittgängen sind nur der Beweis für die Tatsache, daß die Gewerkschaften heute auf Leben und Tod mit dem Kapital verbunden sind. Immer offensichtlicher zeigt sich das Versagen der gewerkschaftlichen Politik, die eben heute versagen muß. Denn der Kapitalismus ist im Stadium seines Zusammenbruches gezwungen, durch systematisch sich steigernde Versklavung der arbeitenden Massen seine bedrohten Profitmöglichkeiten zu sichern. Jeder Versuch der Proletarier, mittelst gewerkschaftlicher Methoden (Lohnstreiks, passive Resistenz, Tarif-Verhandlungen) ihrer weiteren Verelendung zu steuern, scheitert an den ehernen Schranken kapitalistischer Lebensnotwendigkeiten, die heute keinen Raum mehr übrig lassen für eine erfolgreiche Lohn- und Reformpolitik. Die einsetzende Periode der Dawes-Erfüllung mit ihrer ungeheuren Belastung des deutschen Kapitals wird noch deutlicher herausschälen, daß es einfach unmöglich ist, die lediglich auf die Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftskrise sich beschränkenden gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Ziele durchzusetzen.

Aus diesen Ursachen heraus, daß die gewerkschaftliche Kampfesweise erstarrt ist in den Bedingungen der vorrevolutionären Epoche, resultiert die Untauglichkeit dieser Organisationen für den heutigen revolutionären Klassenkampf. Dabei ist das größte Hindernis weniger das organisatorische Gefüge der Gewerkschaften, als vielmehr die trotz jahrelanger praktischer Erfahrungen immer noch stark in den Arbeitermassen verwurzelte reformistische Ideologie. Denn hierin liegt die Macht der Gewerkschaftsbürokratie: die Proletarier stehen zum großen Teil selbst noch im Banne der geschichtlich überholten reformistischen Denk- und Kampfweise und haben noch nicht erkannt, daß die proletarische Revolution — der direkte Kampf um die Ablösung des Kapitalismus durch den Kommunismus — neue Formen und Kampfmethoden als Voraussetzung ihres endgültigen Triumphes erfordert. Deshalb muß das rein gefühlsmäßige Rebellieren der Proletarier gegen den „Verrat" der Instanzen auch immer auf das organisatorische Gleis geraten und in jener Sackgasse enden, wo es nicht mehr um Grundsätze, um Systeme geht, sondern lediglich um Personen, um Neubesetzung von Instanzen. Es ist darum heute die wichtigste Aufgabe der Kommunisten, das Schwergewicht auf die rücksichtslose Zerstörung der reformistischen Illusionen zu legen und das Proletariat immer wieder auf seine eigentlichen Aufgaben hinzuweisen.

Aus diesen Feststellungen, warum der Kampf der Gewerkschaften heute versagen muß, ergibt sich nun die Frage:

Können die Gewerkschaften zu Klassenkampfwaffen umgewandelt werden?

Die Gewerkschaften sind nicht nur ihrem Wesen, sondern auch ihrer Organisationsform nach kapitalistische Spiegelbilder und Fesseln für das Proletariat. Sie sind — auf gut deutsch gesagt — Eigentum der Bürokratie, einer Führerbourgeoisie. Die Instanzen bestimmen und beschließen, die Mitglieder haben sich zu fügen und danach zu handeln. Was lehrt uns die praktische Erfahrung der jahrelangen „Revolutionierung"? Die Bürokratie hat es stets verstanden, mit Hilfe ihres Paragraphennetzes so zu operieren, daß ihr eine Opposition nicht gefährlich werden konnte. Eine Unzumutbarkeit zu Gunsten der Bureaukraten, Entweder bleibt die Opposition lokal beschränkt und fügt sich in den allgemeinen Rahmen, oder sie fliegt einfach (siehe Bauarbeiter, Eisenbahner usw.). Ein klassisches Beispiel für den tatsächlichen Wert der Gewerkschaftsrevolutionierung bietet der Berliner Metallarbeiter-Verband. Hier bleibt trotz kommunistischer Majorität die alte Ortsverwaltung im Amt.

Aber gesetzt den Fall, die Gewerkschaften könnten erobert werden und würden in ihren Instanzen mit KPD.-Führern besetzt. Es wäre trotzalledem nur ein Personenwechsel. Die gewerkschaftlich-reformistische Taktik bliebe bestehen (wofür ebenfalls Beispiele vorhanden sind), denn diese neuen Führer würden, wenn sie es nicht schon vorher sind, durch ihre soziale Stellung gleichfalls als aus der Masse Herausgelöste zu hemmenden Elementen der proletarischen Revolution sich entwickeln. Man könnte noch so ehrliche und gute Leute an diesen Platz stellen, — die Stellung, welche die Gewerkschaftsführer als Unterhändler zwischen Kapital und Arbeit in der Gesellschaft einnehmen, macht sie zu einer klassenfremden Schicht und damit notwendigerweise zu — wenn auch unbewußten — Interessenten am Bestehen des Kapitalismus.

Jugend-Genossen und -Genossinnen!

Dies alles ist doch so klar und einfach, so leicht verständlich auf Grund der mit der gewerkschaftlichen Entwicklung untrennbar verbundenen Konsequenzen. Grundsätzlich auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital stehend, ist die heutige Aufgabe der „freien" Gewerkschaften nur noch der Schacher mit proletarischen Klassenintereszen. Mit ihren Zielen und Kampfmethoden im schärfsten Gegensatz mit den veränderten Klassenkampfverhältnissen sich befindend, sind sie heute ein Bestandteil der kapitalist. Gesellschaft selbst und nach ihren eigenen Worten: „der festeste Damm gegen die bolschewistische (d. h. proletarisch-kommunistische) Flut!" Und ebenso, wie man den bürgerlich-kapitalistischen Staat nicht mittelst Stimmzettel erobern kann, so unmöglich ist es auch, die Gewerkschaften zu erobern.

Aber warum sollt Ihr nun wieder in die Gewerkschaften zurück?

Die Phrasen „Revolutionierung" und „Eroberung" der Gewerkschaften haben wir schon zerpflückt. Der bloße praktische Anschauungsunterricht der letzten Jahre allein schon weist die Proletarier darauf hin, was es mit dem revolutionären Wert dieser Parolen auf sich hat. Warum aber „Wiedervereinigung der Gewerkschaftsbewegung"?

Junge Proletarier! Wir sagen Euch: Rußland ist die Ursache. Seht Euch das Rußland von heute an. Dort herrscht jetzt wieder der Kapitalismus. Das Privatkapital dringt immer weiter vor. Selbst nach der amtlichen „sowjet"russischen Presse ist dasselbe am Handel bereits mit 60 und mehr Prozent beteiligt. Als revolutionäre Marxisten wissen wir, daß der Staat nicht über den Kapitalismus steht, sondern ein Instrument der ökonomisch herrschenden Klasse ist. Die herrschende Klasse aber ist diejenige, welche die wirtschaftliche Macht — die Produktionsmittel und Rohstoffe — besitzt. Das ist im heutigen Rußland die Bourgeoisie, und staatlich die Bourgeoisie! Und warum? Nicht zuletzt durch das Versagen des mittel- und westeuropäischen Proletariats wurde Rußland gezwungen, Schritt für Schritt vor dem Kapitalismus zurückzuweichen. In Rußland Agrarland mit überwiegender Bauernbevölkerung ist, muß das zahlenmäßig geringe Proletariat gegenüber dem, auf Grund der Verteilung des feudalen Großgrundbesitzes sich bildenden, bäuerlich-kapitalistischen Privateigentum unterliegen. Diese Entwicklung des, seine feudalen Fesseln entledigten, russischen Bauerntums zu einer selbständigen Klasse zwang die bolschewistische Regierung, vor den kapitalistischen Interessen dieser gesellschaftlichen Macht zu kapitulieren, wenn sie nicht gewaltsam gestürzt werden wollte. Die „Nep" (Neue ökonomische Politik) besiegelte den Triumph des bäuerlichen Privateigentums über die kommunistischen Positionen der russischen Proletarier, die „Sowjet"regierung wurde mit dieser Neuorientierung offen zum Balmbrecher eines neu entstehenden Kapitalismus. Diese realen Tatsachen lassen sich durch nichts verschleiern und nur gewissenlose Betrüger oder gemeingefährliche Dummköpfe können behaupten, daß das russische Proletariat heute noch die wirtschaftliche und politische Macht in Händen habe, wie es die „Rote Fahne" unlängst der Rußlandreise Edo Fimmen's ihren Gläubigen verkündete.

Die Auswirkungen dieser Entwicklung gilt es besonders für die Proletarier ins Auge zu fassen. Das proletarische Rußland von 1917 verwandte seinen größten ideellen und materiellen Einfluß innerhalb der Komintern zur Verwirklichung der Weltrevolution, — das kapitalistische Rußland von heute aber bedient sich der Komintern zur Unterstützung seiner nationalen, kapitalistischen Außenpolitik! So wurde die 3. Internationale aus der revolutionären Vorhut einer Weltproletariat zur Interessenvertretung des ostasiatischen Agrarkapitalismus, sie reihte sich damit ein in die Front der Weltkonterrevolution. Die Taktik der Komintern wurde daraf eingestellt; ihre Beteiligung an bürgerlichen Parlamenten und gesetzlichen Betriebsräten und die Rückkehr in die reformistischen Gewerkschaften sind die logischen Folgerungen der russischen rückläufigen Entwicklung. „Bündnis mit Handelsbeziehungen mit Rußland" wurden die Losungen aller nationalen Sektionen der Komintern, wie auch der Kommunistischen Jugend- und „Roten" Gewerkschafts-Internationale. Auch die nationalistische Einstellung der KPD und KJD. während des Ruhrkrieges 1923 lag auf der Linie der russischen Staatspolitik, denn Rußland war an der nationalen Selbständigkeit des kapitalistischen Deutschland interessiert.

Jugendgenossen! Ihr dürft Euch nicht länger diesen ehernen Tatsachen verschließen. Ihr könnt unmöglich „Sowjet"rußland als etwas Heiliges, Unantastbares betrachten. Mit dem revolutionären Kredit der russischen Arbeiter versuchen die Moskauer Internationalen seit Jahren, die Proletarier aller Länder für die Zwecke des russischen „Nep"-Kapitalismus einzufangen. Jetzt wird aber in der Gewerkschaftsfrage der ungeheure Verrat, den Komintern, RGI. und KJD. am revolutionären Proletariat begehen, immer offensichtlicher. Instinktiv erkennen aber besonders die deutschen Arbeiter das konterrevolutionäre Wesen der Gewerkschaften mehr und mehr. Die KPD. und KJD. sind nun auf Grund der Moskauer Beschlüsse gezwungen, unter allen Umständen die Proletarier wieder in die Orgeschgewerkschaften zurückzutreiben, trotzdem der Klassenverrat dieser Organisationen und die Unmöglichkeit ihrer Revolutionierung klar auf der Hand liegen. Auf der ganzen Linie müssen die Zellen retirieren, Rückzug. „Die gewerkschaftliche Wiedervereinigung ist keine Agitationsparole, sondern in die Praxis umzusetzen!" Die „Rote" Gewerkschafts-Internationale führt Verhandlungen mit den Amsterdamer „Verräter"n zwecks Vereinigung und ist bereit, bedingungslos zu sterben. Die oppositionellen Verbände sollen wieder in den alten Gewerkschaften aufgehen. Das Remscheider oppositionelle Gewerkschaftskartell hat die Richtlinien des ADGB. zur Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens angenommen, um wieder aufgenommen zu werden. **Das ist die völlige Kapitulation der „revolutionären" Gewerkschafts-Opposition!**

Und warum das alles?

Rußland als kapitalistischer Bauernstaat braucht die Annäherung an das westeuropäische Kapital. Trotz des Nieder-Man bedarf daher einer Anleihe, um den Produktionsapparat in großzügiger Weise zu vervollkommnen. Deshalb macht Rußland alle Anstrengungen, die übrigen kapitalistischen Staaten für die Notwendigkeiten seines Wiederaufbaues zu interessieren und versucht, mit Hilfe der in der Amsterdamer Internationale organisierten Arbeitermassen nach dieser Richtung hin einen Druck auszuüben auf die einzelnen Länder. Und die Parole „Herstellung der Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung" ist wiederum nur bestimmt, diesen russisch-kapitalistischen Staatsinteressen als Mittel zum Zweck zu dienen.

Jugend-Genossen und Genossinnen!

Darum nur sollt Ihr wieder in die Gewerkschaften zurück! **Darum nur** soll jetzt die Einheitsfront Moskau-Amsterdam hergestellt werden. Wir fragen Euch: Wollt Ihr dies mitmachen? **Wollt Ihr damit zu Verrätern an der proletarischen Revolution werden?** Ihr müßt endlich begreifen, um was es geht! Die Front ist klar.

Hie Kapital — hie Arbeit!
Hie Bourgeoisie — hie Proletariat!

Und Eure Organisationen, die KJ. und KPD., haben sich eingereiht in die Front der konterrevolutionären Gewerkschaften und stehen objektiv im Lager der Bourgeoisie, des proletarischen Klassenfeindes! Ihr habt Euch also zu entscheiden:

Für die Orgesch-Gewerkschaften,
für die Komintern, RGJ. und KJI.,
für die KPD. und KJD.,
für die Stützung der Konterrevolution.
oder:
für die proletarische Klassenrevolution,
für den revolutionären Kommunismus!

Proletarische Jugendgenossen! Dieses Entweder-Oder nur, und nichts anderes steht zur Entscheidung. Wenn es Euch auch schwer fallen mag, sich von Organisationen zu trennen, die berufen schienen, der revolutionären Arbeitersaaft wegweisend voran zu gehen, — **es muß geschehen!** Euer Interesse, die **Klasseninteressen des Proletariats** und die **Bedingungen des proletarischen Befreiungskampfes erfordern die rücksichtslose Zertrümmerung der Orgeschlront!**

Deshalb: Schließt Euch mit den erwachsenen Arbeitern zur organisatorischen und ideologischen Vorbereitung Eurer Klassenbefreiung in revolutionären Betriebsorganisationen zusammen, welche — vereinigt zur „Allgemeinen Arbeiter-Union" — den Kampieswillen des Proletariats verkörpern! Deshalb: Hinein in die revolutionäre Jugendorganisation, die „Kommunistische Arbeiter-Jugend", die unerschütterlich die Fahne des kompromißlosen Klassenkampfes hochhält mit dem Kampiruf:

Nieder mit allen Klassenverrätern!
Nieder mit den konterrevolutionären Gewerkschaften und ihren Stützen: den parlamentarischen Parteien und deren Jugend-Organisationen!
Hoch die proletarische Revolution!

Mitteilungen

Reich

Mitteilung der VRUK.

Wir erklären hiermit alle alten Sammellisten der Vereinigten revolutionären Unterstützungskommission für ungiltig. Die Bezirke der Organisationen müssen sofort alle noch im Umlauf befindlichen Listen einziehen und einsenden.

Neues Listenmaterial geht den Bezirken in einigen Tagen zu.

Alle die VRUK. betreffenden Geldsendungen sind einzuzahlen auf Postscheck-Konto 82 489 auf den Namen Fritz Illhardt.

Ortsgruppe Kaiserslautern.

Die Mitglieder August Rössel und Stephanie Rössel gehören der AAU. nicht mehr an, da dieselben Organisationsmaterial unterschlagen haben. Sie sind nicht mehr aufnahmefähig.

Genosse Jakob Giehl ist wieder aufnahmefähig, da gegen ihn nichts mehr vorliegt.

Ortsgruppe Groß-Berlin

Richtbeitrag.

In der 45. Woche (2.—8. November 1924) beträgt der Beitrag 0,60 Mk. pro arbeitendes Mitglied.

9. Unterbezirk der Union und 14. Unterbezirk der Partei. Am **Donnerstag, den 13. November,** abends 7 Uhr, finde eine **kombinierte Mitglieder-Versammlung** statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag über „Einstein'sche Theorie und Marxismus". — Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.

Am **Sonnabend, den 8. November 1924,** abends 7½ Uhr, findet in Berlin O., Am Friedrichshain 17, eine **allgemeine Mitgliederversammlung** der Ortsgruppe statt. — Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Genossen unbedingte Pflicht.

Der Arbeits-Ausschuß.

Klar und unerschrocken für den Gedanken des Kommunismus wirkt die

K·A·Z

Die Kommunistische Arbeiterzeitung erscheint Montags und Donnerstags

Redaktion und Verlag: Gustav Lange, Düsseldorf. Druck: Willy Iszdonat, Berlin O 17, Langestr. 79.

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union
(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrgang 5, Nr. 46 — Erscheint wöchentlich — Preis 0,15 Goldmark

Zur 7. Reichskonferenz der AAU.

In einer Zeit, wo die vor Jahr und Tag verkündete kapitalistische „Gesundungs"krise sich schon längst als der größte und gefährlichste bürgerlich-sozialdemokratische Massenbetrug erwiesen hat; wo die ersten Auswirkungen des Londoner Abkommens bereits ihre gespenstischen Schatten werfen und allerorten die Lohnsklaven in ihrer Klassenohnmacht sich gegen die weitere Verschlechterung ihrer ohnehin elenden Lebenslage in ausgesprochenen Hungerstreiks zu wehren suchen; in einer Zeit, wo die herrschende kapitalistische Klasse vom „souveränen Volk" drohend und lockend zugleich eine politische Blankovollmacht für die ihrem Profitstreben notwendigen Methoden der Dawes-Erfüllung fordert; wo sämtliche parlamentarischen Glücksritter unter Anwendung aller nur erdenklichen „Ueberzeugungs"mittel einen fieberhaft-erbitterten Konkurrenzkampf gegeneinander führen, um vor politisch unmündigen Proletariern die „Notwendigkeit" ihrer klassenfremden Schmarotzerexistenz zu beweisen, — in solcher Situation, wo die reformistische Versumpfung der Arbeitermassen einen nie gekannten Grad erreicht hat und der tiefste Stand der Bewegung anscheinend noch nicht überwunden ist, tritt die siebente Reichskonferenz der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands zusammen, um in Auswertung der Erfahrungen der letzten anderthalb Jahre für den zukünftigen Kampf schöpferisch zu verwerten und das organisatorische und geistige Rüstzeug der proletarischen Klassenbefreiung erneut einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

Daß eine solche Zusammenkunft, deren Charakter lediglich bestimmt wird durch das alleinige Interesse: die Lebensnotwendigkeiten der proletarischen Revolution in taktischer wie prinzipieller Hinsicht in größtmöglichstem Ausmaße für die Arbeiterschaft herauszuschälen, — auch rein äußerlich ein bestimmtes Gepräge zeigt, ist eben untrennbar mit diesem spezifischen Aufgabenkreis verknüpft. Schon der Aufmachung, der ganzen Form nach unterscheiden sich Tagungen revolutionärer Organisationen wie der AAU. wesentlich von dem aus Vorkriegszeit her bekannten und auch jetzt noch unzählig vertretenem Typus von Kongressen parlamentarisch-gewerkschaftlicher Arbeiterorganisationen. Während die Tagungen der reformistischen Organisationen aller Schattierungen mit ihrer Führerverherrlichung und theatralischem Gepräge überwiegend auf mehr oder weniger augenblicklich-oberflächliche Massenwirkungen eingestellt sind und gewöhnlich in einem „Aufruf der Proletarier zum Kampf" im irgendwelchen Forderungen ausklingen (wie z. B. die Kongresse der KPD.), betrachten wir, die Mitglieder der AAU., es als die vornehmste — weil immer wieder notwendige — Aufgabe, auf unseren Reichskonferenzen stets erneut aus dem unergründlichen Born geschichtlicher Erfahrungen zu schöpfen und unermüdlich nach neuen revolutionären Erkenntnissen zu ringen, um im Interesse der Arbeiterklasse die programmatische Plattform des proletarischen Befreiungskampfes von ein weiteres zu stärken und zu verbreitern. Wir lehnen es heute mehr denn je ein für allemal ab, den revolutionären Klassenkampf umzubiegen in ein Ringen um reformistische Illusionäre Tagesforderungen, da ein solcher Kampf auf Grund der geschichtlich unmöglichen Verwirklichung solcher Ziele schon von vornherein den Keim der sicheren Niederlage in sich birgt. Und weil selbst heute noch, im Klassenmaßstabe gesehen, die ideologische und organisatorische Bereitschaft der Arbeitermassen zur Vollendung ihrer Klassenbefreiung in völlig ungenügendem Maße vorhanden ist, deshalb ist es auch jetzt noch ein verhängnisvoller Stillstand, den Proletariern die Hoffnung einzuflößen, daß sie in diesem Zustande revolutionärer Unreife imstande wären, lediglich mit Haß und Begeisterung das Joch der Ausbeuterherrschaft abzuschütteln. Von dieser, durch unzählige bittere Erfahrungen erhärteten Tatsache ausgehend, wird auch die jetzige Reichskonferenz der AAU. ein „Aufrufen der Arbeiterschaft zum Kampf" als wert- und inhaltslose Phrase ablehnen; sie wird vielmehr keinen Zweifel darüber lassen, daß das Schwergewicht der revolutionären Aktivität heute immer noch liegt in der Schaffung der subjektiven Bedingungen der proletarischen Revolution.

•

Unter dem obigen Gesichtswinkel gesehen, kann es also die Aufgabe einer revolutionären Arbeiterorganisation einzig und allein nur sein, auf ihren Reichstagungen die Methoden des proletarischen Klassenkampfes neu zu prüfen und zu vervollkommnen, und demzufolge die prinzipielle Stellung der Organisation zur Politik anderer Arbeiterparteien wie die taktische Haltung in den Bewegungen der Proletariermassen festzulegen. Diese theoretische und praktische Rolle der AAU. in der Revolution findet ihren sichtbarsten Ausdruck in der Taktik und kann nur abhängig sein von den heutigen Bedingungen des proletarischen Befreiungskampfes, dessen Ziel und Richtung wiederum bestimmt wird von den gegebenen Tatsachen: den Klassenverhältnissen; dem ökonomischen Zustande, in dem sich die bestehende kapitalistische Gesellschaft befindet. Hier wird es die erste Aufgabe der Reichskonferenz sein, erneut zu untersuchen, ob das bisherige Fundament der programmatischen und taktischen Einstellung der Union: — die kapitalistische Todeskrise — auch heute, 1924, noch eine reale Tatsache ist. Und wir sprechen es offen aus, die wirtschaftspolitische Analyse kann nur einen weiteren Beweis für diese fundamentale These erbringen. Denn, so sehr auch der Kapitalismus weltpolitisch gefestigt ist, so „epochemachend" auch die Abkehr von imperialistischer Gewaltpolitik zu demokratisch-pazifistischer Verständigung sein mag und so „erfolgreich" auch das Eindämmen der bürgerlichen Kolossalkrise durch Verwirklichung des Dawes Planes sein mag, — die kapitalistische Gesundung ist nur ein Truggebilde, die Konjunkturen sind nur kurze vorübergehende Erscheinungen, die neu entstehenden riesigen Konzentrationsgebilde sind nur die verzweifelte Zusammenraffung der noch lebensfähigen Wirtschaftsfaktoren, die allein die letzten anderthalb Jahre mit ihrem steigenden Produktionsrückgang sowie auch die erste Periode der Dawes-Erfüllung zeigen klar und deutlich, daß mit bürgerlich-kapitalistischen Mitteln die Kluft zwischen Produktion und Absatz nicht zu überbrücken ist, daß vielmehr die bürgerlichen Profitinteressen diese Kluft ständig vergrößern und deshalb eine systematisch wachsende Kaufkraftzerstörung und proletarische Versklavung an der Tagesordnung sind. Der geschichtliche Zusammenbruch des Kapitalismus ist deshalb heute mehr als je eine unumstößliche Tatsache nur, daß dieses Sterben einer Ordnung kein tierisch-menschlicher Vorgang ist, sondern ein gesellschaftlicher Prozeß, der eben nur zum Abschluß gebracht werden kann durch die klassenbefreiende Tat der unterdrückten Proletarier, auf dessen Rücken allein sich dieser Totentanz der Bourgeoisie abspielt.

Treffen also die Voraussetzungen der bisherigen prinzipiellen Basis der AAU. noch zu, so kann sich auch ihre daraus resultierende taktische Stellung im Proletariat nur auf der bisherigen Linie bewegen. Das heißt: schärfster Kampf gegen die geschichtlich überholte reformistische Politik der Gewerkschaften, SPD. und KPD. Rücksichtsloser Kampf um die Befreiung der Proletarier aus dem Banne dieser reformistischen Ideologie, deren Auswirkungen: illusionäre Lohn- und Arbeitszeitkämpfe heute selbst schon in Großbetrieben nur Verzweiflungs- und Hungerstreiks sind. Aufzeigung des proletarischen Klassenzieles und der zu seiner Erringung notwendigen Machtorgane: der Aktionsausschüsse und revolutionären Räte. Wahrung der Klassensolidarität in reformistischen Bewegungen und darüber hinaus fortwährende grundsätzliche Arbeit, um den Proletariermassen zum Bewußtsein zu bringen, daß die Frage des Tages lautet: Kapitalismus oder Kommunismus. Niederwerfung der Bourgeoisie samt ihrer Trabanten oder Versinken in kapitalistische Barbarei; daß sie zur erfolgreichen Führung ihres Befreiungskampfes sich als Klasse in Betriebsorganisationen zusammenschließen müssen, um gegenüber der organisierten Gewalt der Bourgeoisie die revolutionäre Klassenfront des kämpfenden Proletariats aufzurichten, die nur entstehen kann auf den Trümmern der gewerkschaftlich-parlamentarischen Organisationen des Klassenverrats und die zur Voraussetzung hat den völligen organisatorischen und ideologischen Bruch mit gewerkschaftlich-sozialdemokratisch - parlamentskommunistischer Politik.

Außer diesen in großen Umrissen gezeichneten Hauptpunkten hat sich die 7. Reichskonferenz besonders zu beschäftigen mit der Regelung der finanziellen Solidarität und von allem mit der Stellung der AAU. zum 1. Mai. Die dazu vorliegenden und bereits veröffentlichten Formulierungen werden gewiß die Klärung etwa vorhandener Meinungsverschiedenheiten nicht unwesentlich erleichtern. Daß endlich auch das organisatorische Gefüge der einzelnen Bezirke rücksichtslos auf etwaige Mängel hin geprüft wird, ist natürlich selbstverständlich.

Alles in allem harrt der am 16. November beginnenden Reichskonferenz ein gewichtiges Stück Arbeit. In schöpferischer Diskussion gilt es mit revolutionärer Gründlichkeit aufs neue die Waffen des proletarischen Klassenkampfes zu schärfen. Ans Werk, Genossen!

Taugliche Kontra untaugliche Bürokratie

Der Staat Friedrich Wilhelms I. und Friedrich II., der durch Raub, Betrug, Meineid und andere derartige schöne Dinge immer größer und größer wurde, der im Laufe der Zeit die verschiedenartigsten auseinanderstrebenden Elemente in sich vereinigte, wie rückständiger agrarischer Osten und industrieller Westen, konnte in der Zeit bis zur Befestigung des Staatsgedankens nur durch Gewalt zusammengehalten werden. Die Hohenzollern schufen sich für ihren Staat die dazu notwendige Beamtenschaft mit allen Mitteln. Eins der Hauptmittel, mit denen sie bei der Beamtenschaft die notwendige Ehrfurcht vor dem angestammten Herrscherhaus erweckten, war der Stock. Die Hohenzollern bläuten ihnen eigenhändig die strengste Pflichterfüllung und noch einen ganzen Haufen bürgerlicher Tugenden ein. Auf der anderen Seite garantierte der Staat den Beamten eine sorgenfreie Existenz bis zum Tode. Um die Beamten noch fester an den Staat zu fesseln und vom Volke zu trennen, übernahm der Staat die Verpflichtung, für die Hinterbliebenen zu sorgen. Den Söhnen der Beamten blieben die Staatsstellen vorbehalten. Die Beamten mußten sich aus der Masse des Volkes unter sich verkehren, heiraten unter sich und so entstand eine Beamtenbürokratie, vollständig losgelöst vom Volke, die nun zwangsläufig der Ueberzeugung werden mußte, daß der Staat nur zu ihrer höheren Ehre da sei. In dieser Periode entstand bei den Beamten auch der Glaube, daß sie die geborenen Führer des Volkes seien.

Die Revolution 1848 und die späteren Kriege räumten einen großen Teil der Schranken weg, die der Entwicklung des modernen Kapitalismus im Wege waren. Die herrschende Junkerklique brauchte für die nun einsetzende imperialistische Politik immer mehr Beamte und mußte diese aus dem ihr gebotenen Reservoir der aufstrebenden Bourgeoisie schöpfen. Die Bourgeoisie, die am Anfang ihres Aufstieges zäh mit dem Junkertum um die Macht im Staate kämpfte, schloß schnell Frieden und begnügte sich damit, daß immer auch ihre Söhne an die staatliche Futterkrippe gelangen konnten. Die alte preußisch-deutsche Beamtenkaste, die vorher gegen die Bourgeoisiesöhnchen mit dem Argument anging, sie seien „Untauglich" für die Beamtenposten, sahen auch kurzer Zeit ein, daß sich beide, Bourgeoisie und Beamtenschaft, ergänzten. Die Töchter der leitenden Bürokratie wurden ein gesuchter Artikel. Waren sie doch die Leiter, auf die strebsame Jünglinge zu höheren Posten und Pöstchen kletterten: Pöstchen, die zu Macht und Ansehen und nicht zuletzt zu guter Bezahlung führten. Mit Argusaugen wachte diese neue Bürokratie: daß alle freiwerdenden und neu errichteten Pöstchen nur von ihrer Brut besetzt wurden. Es kam auch vor, daß Außenseiter in ihre Reihen aufgenommen wurden, wenn es sich darum handelte, den Gegner, und dies war das aufstrebende Kleinbürgertum, vollgetropft mit dem Bildungsdünkel einer längst verfallenen Zeitepoche, eins auszuwischen und die aus ihm hervorgegangenen geistigen Kräfte zu rauben. So stieg u. a. der Revolutionär von 1848 Miquel bis zum preußischen Finanzminister.

Das Kleinbürgertum, ideologisch mit den freisinnigen Parteien und dem Zentrum verbunden, nahm ebenfalls den Kampf auf um die Gleichberechtigung im Staate. Hierunter verstanden sie, daß auch ihrem engstirnigen Produkt alle Möglichkeiten gegeben werden müßten, aus allen Futterkrippen zu fressen. Die alte Bürokratie, die hierin einen Einbruch in ihre heiligsten Rechte erblickte, weigerte sich mit Erfolg gegen den Ansturm der kleinen Fresser. Neben „Untauglich" gegenüber dieser neuen Schicht, wurde darauf hingewiesen, daß die Beamtenschaft „homogen" sein müsse. Durch diese neue Schicht leide die Einheitlichkeit des Beamtenkörpers und es wäre doch einem Beamten, der aus einer alten Beamtenfamilie stamme, nicht zuzumuten, daß er evtl. unter einem Vorgesetzten arbeite, dessen Vater Schlächter, Budicker oder sonst etwas derartiges sei.

Die aufstrebende Arbeiterbewegung, die in ihrer Leitung zuerst kindlich naiv voller Idealismus auftrat, konnte von dem

B2